

## 5 Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

### 5.1 Zu- und Abwanderung insgesamt

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens in der Europäischen Union (EU) sowie in der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein ist zu berücksichtigen, dass bis zum Jahr 2009 die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen erheblich eingeschränkt war. Unterschiedliche Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führten dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil erhebliche Abweichungen ergab.<sup>227</sup> Am 14. März 2007 hat das Europäische Parlament dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz zugestimmt. Am 12. Juni 2007 wurde dieser vom Rat der Europäischen Union<sup>228</sup> angenommen. Ziel dieser Verordnung sind die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungsstatistiken durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien.

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN)<sup>229</sup> wie folgt definiert:

- Zuwanderung ist die Handlung, durch die eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.<sup>230</sup>
- Abwanderung ist die Handlung, durch die eine Person, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten aufgibt.

Diese Definition grenzt sich durch die (beabsichtigte) Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr von der Definition der Zu- und Fortzüge in der amtlichen Wanderungsstatistik in Deutschland ab (vgl. Kapitel 1). Damit sind temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in der Regel nicht erfasst, weshalb die folgenden Zahlen für Deutschland ab dem Jahr 2009 sowohl für die Zu- als auch für die Fortzüge geringer sind als im Kapitel 1 dargestellt. Seit 2009 weisen fast alle EU-Länder die Zu- und Abwanderung nach der Empfehlung der UN aus, daher werden hier nur noch diese Daten dargestellt. Neben den EU-Staaten wird auch das Wanderungsgeschehen der Schweiz und Norwegens als relevante Zuwanderungsländer in Europa mit einbezogen.

---

<sup>227</sup> So waren die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal „Migrant international“ nicht einheitlich. In einigen Staaten wurde beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens 1 Jahr im Zielland vorausgesetzt, sodass temporäre Formen der Migration (z. B. saisonal beschäftigte Person) in den Wanderungsstatistiken dieser Länder nicht erfasst waren. Manche Staaten nahmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland wurden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert. Vgl. dazu Lederer 2004: 80f.

<sup>228</sup> Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, EU Amtsblatt L 199.

<sup>229</sup> United Nations 1998: 10.

<sup>230</sup> Hält sich eine Person nach Einreise mindestens 1 Jahr im Zielland auf, spricht man auch von „long-term migrant“, bei einer Aufenthaltsdauer zwischen 3 und 12 Monaten dagegen von „short-term migrant“.

Nachfolgend werden die Zu- und Abwanderungszahlen auf Grundlage von Eurostat-Daten der einzelnen Länder sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass die Daten immer erst mit ca. 2 Jahren Verzögerung vorliegen, demzufolge kann hier nur auf die Zahlen bis einschließlich 2019 eingegangen werden. Das Vereinigte Königreich zählte 2019 noch zur Europäischen Union, so dass sich diesbezüglich keine Zuordnungsprobleme ergeben. Hingegen liegen die europäischen Asylzahlen (Kapitel 5.2) bereits für 2020 und damit nicht mehr für das Vereinigte Königreich vor, weshalb sich die Darstellung dort – abweichend vom übrigen Migrationsbericht – nur auf die EU-27-Staaten bezieht.

## **Zu- und Abwanderungszahlen**

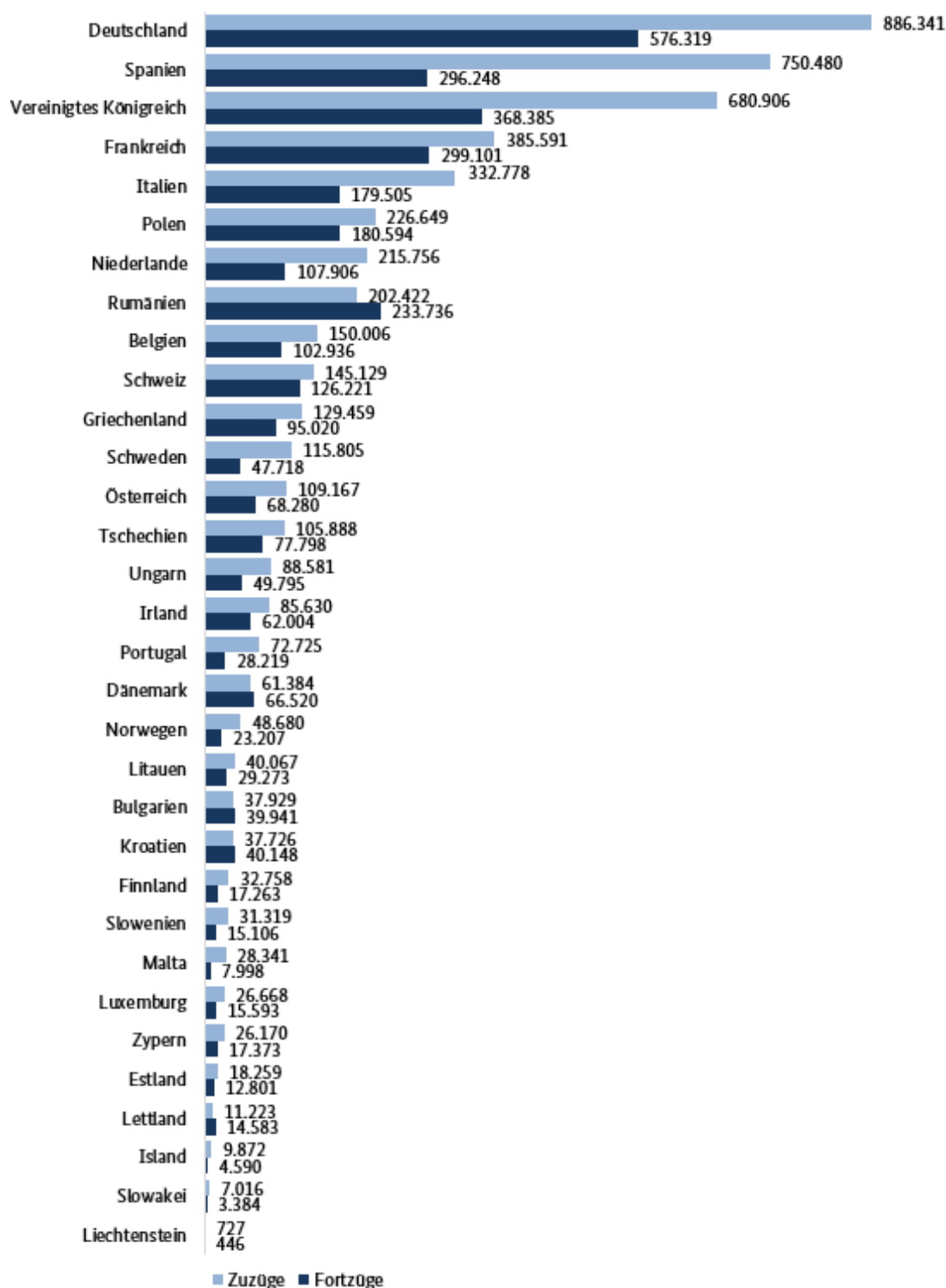
Mit Blick auf die Zuzüge hatte Deutschland unter den 28 EU-Staaten 2019 die höchste längerfristige Zuwanderung nach UN-Definition zu verzeichnen (886.341 Zuzüge). 2018 betrug die Zahl noch 893.886, somit ist die Zuwanderung nach Deutschland zwischen 2018 und 2019 leicht zurückgegangen (-0,8 %). Bei Fortzügen von 576.319 Personen im Jahr 2019 ergab sich für Deutschland ein Wanderungsüberschuss von + 310.022 (2018: +353.471).

Das zweitwichtigste Hauptzielland in der EU war im Jahr 2019 Spanien. 2018 betrug die Zahl der Zuzüge 643.684 und stieg 2019 auf 750.480 (+16,6 %). Im Jahr 2019 wurden 296.248 Fortzüge aus diesem Land registriert (2018: 309.526). Entsprechend verzeichnete Spanien 2019 einen Wanderungssaldo von +454.232 Personen (2018: +334.158) (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

Im Vereinigten Königreich ist die Zuwanderung von 603.953 Personen im Jahr 2018 auf 680.906 im Jahr 2019 gestiegen (+12,7 %). Die Zahl der Fortzüge betrug im Jahr 2019 368.385 Personen (2018: 344.347, -7,0 % gegenüber 2018), sodass 2019 ein Wanderungsüberschuss von +312.521 Personen verzeichnet wurde (2018: +259.606). In Frankreich wurde seit 2006 eine relativ konstante Zuwanderung von etwa 300.000 Personen jährlich registriert, mit einem Anstieg ab 2011 (2018: 387.158 Zuzüge, 2019: 385.591 Zuzüge). Nach 300.668 Fortzügen im Jahre 2018 wurden 2019 299.101 Fortzüge registriert, womit sich für Frankreich ein gleichbleibender Wanderungsüberschuss von +86.490 Personen in 2019 ergab (2018: +86.490).

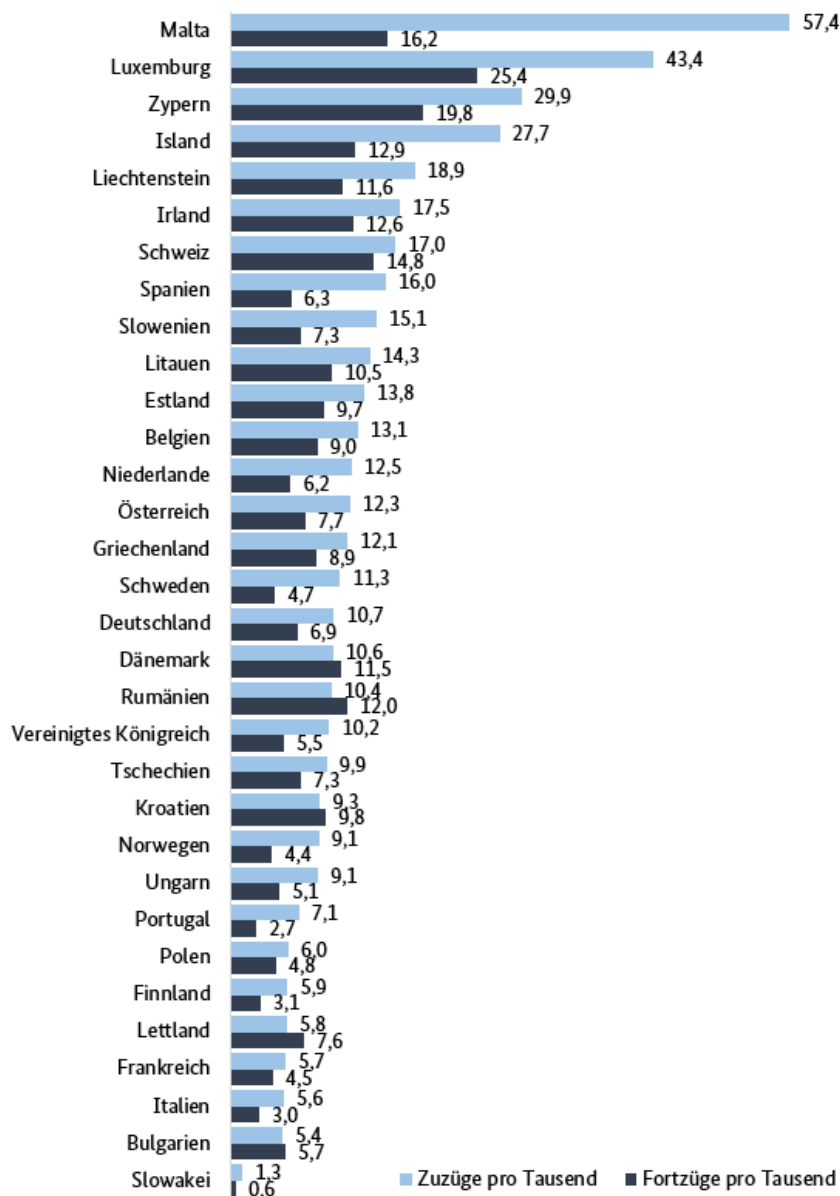
Italien bildet neben Deutschland, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Frankreich ebenfalls eines der Hauptzielländer von Migrantinnen und Migranten. 2019 stieg die Zahl der Zuzüge leicht auf 332.778 (2018: 332.324). Bei gleichzeitig 179.505 Fortzügen (2018: 156.960) war Italien – nach Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Spanien – das Land mit dem vierthöchsten Wanderungsüberschuss (2019: +153.273, 2018: +175.364). Weitere wichtige europäische Zielländer im Jahr 2019 waren Polen (226.649 Zuzüge), die Niederlande (215.756), Rumänien (202.422), Belgien (150.006), die Schweiz (145.129) und Griechenland (129.459). Während für die Staaten Rumänien (Saldo von -31.314), Dänemark (-5.136) und Lettland (-3.360) deutlich mehr Ab- als Zuwanderung registriert wurde, waren die Niederlande (+107.850) und Schweden (+68.087) weitere Länder, die einen deutlich positiven Wanderungssaldo erzielten (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-2 sowie Tabelle 5-3 im Anhang).

Abbildung 5-1: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2019 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr\_imm1ctz/migr\_emi1ctz, Abfragestand: 23. September 2021)

Abbildung 5-2: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) im Jahr 2019 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern



Quelle: Eurostat (migr\_imm1ctz/migr\_emi1ctz/demo\_pjan, Abfragestand: 23. September 2021)

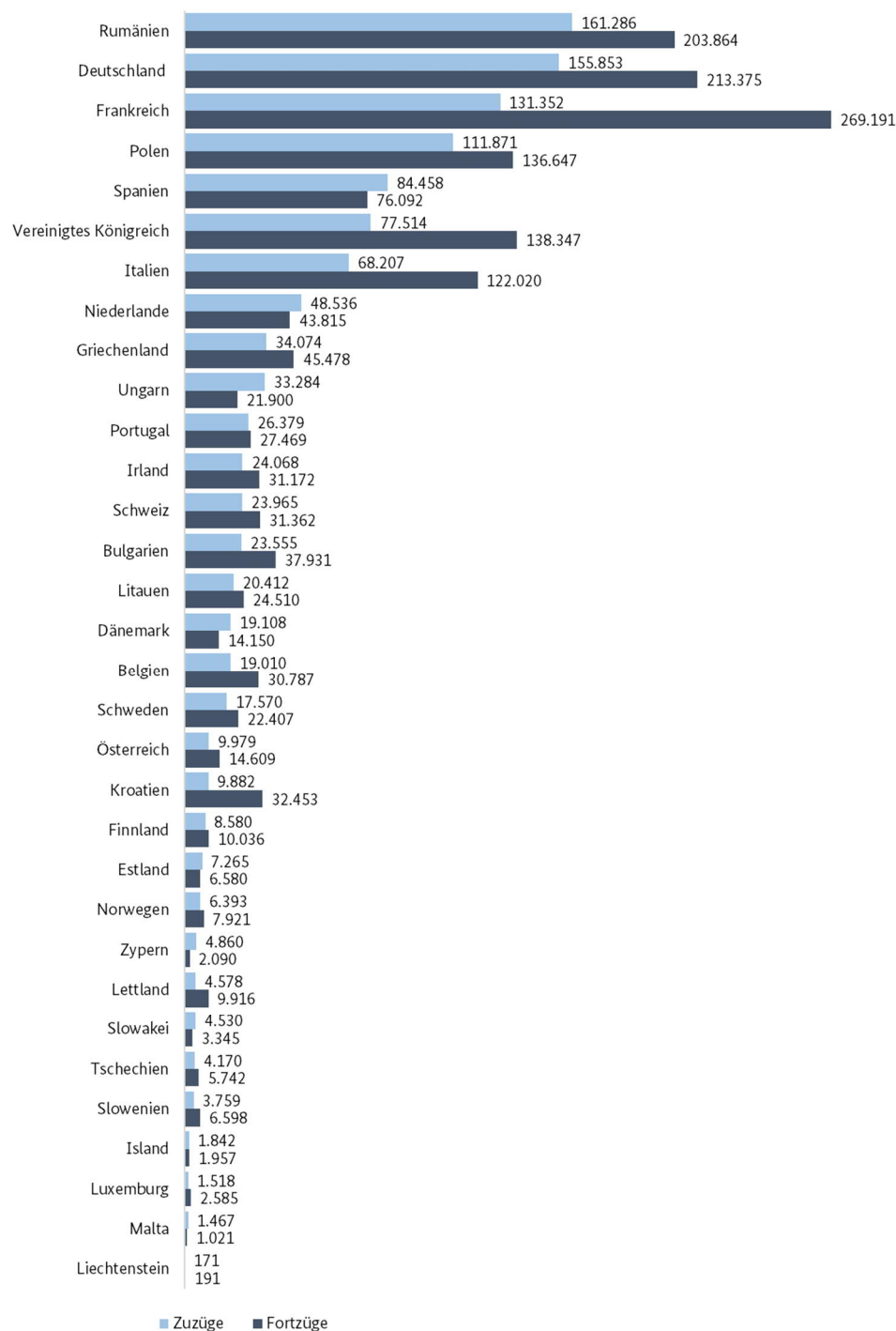
Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße zeigt sich für 2019, dass neben Malta auch Luxemburg, Zypern und Island hohe Werte verzeichneten. Eine relativ geringe Fortzugszahl wurde für die Slowakei, Portugal und Italien registriert (vgl. Abbildung 5-2).

Betrachtet man nur die Zu- und Abwanderung von eigenen Staatsangehörigen (inländischen Personen), ist zu erkennen, dass aus Deutschland 2019 mehr Deutsche auswanderten als zuzogen. Auch in fast allen anderen europäischen Staaten wanderten im Jahr 2019 (zum Teil deutlich) mehr eigene Staatsangehörige ab als zuzogen (vgl. Abbildung 5-3 und Tabelle 5-4 im Anhang). Lediglich in 8 Staaten, darunter Ungarn, Spanien und Dänemark, kehrten mehr eigene Staatsangehörige zurück als das Land verließen. Setzt man die

Zahl der Fortzüge ins Verhältnis zur Zahl der Zuzüge, so wanderten 2019 über dreimal so viele kroatische Staatsangehörige aus Kroatien ab als dorthin zurückzogen. Bei Staatsangehörigen aus Lettland beträgt dieses Verhältnis 2,2:1, bei französischen Staatsangehörigen 2,0:1 (vgl. Tabelle 5-4 im Anhang).

Bei der Betrachtung des Anteils der inländischen Personen an der jeweiligen Zu- und Abwanderung zeigt sich zudem, dass es sich bei der Zuwanderung in die süd- und osteuropäischen Staaten vor allem um Rückwanderung eigener Staatsangehöriger handelt. So weist Rumänien 2019 mit 79,7 % den höchsten Anteil von Inländerinnen und Inländern an der Zuwanderung auf, gefolgt von der Slowakei (64,6 %) und Bulgarien (62,1 %). Die geringsten Anteile von inländischen Personen an der jeweiligen Zuwanderung wiesen Tschechien (3,9 %), Malta (5,2 %) sowie Luxemburg (5,7 %) und Österreich (9,1 %) auf. Bei der Abwanderung ist die Struktur ähnlich, jedoch sind die Anteile von inländischen Personen in der Regel höher als bei der Zuwanderung (vgl. Tabelle 5-5 im Anhang).

Abbildung 5-3: Zu- und Fortzüge (nach UN-Definition) von inländischen Personen im Jahr 2019 in den EU-28-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen



Quelle: Eurostat (migr\_imm1ctz/migr\_emi1ctz, Abfragestand: 23. September 2021)

## 5.2 Asyl

### Asylanträge

Im Jahr 2020 wurden in der EU-27 (ohne das Vereinigte Königreich, für das Eurostat keine Daten mehr bereitstellt) 471.935 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)<sup>231</sup> aus Nicht-EU-Staaten registriert. Damit ist die Zahl der Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr (2019: 698.760) um 32,5 % zurückgegangen<sup>232</sup> (vgl. Tabelle 5-6 im Anhang).

Im EU-Vergleich wurden 2020 die meisten Asylanträge in Deutschland (121.955) und Frankreich (93.200) gestellt (vgl. Abbildung 5-4). Die weiteren Hauptzielländer von Asylantragstellenden waren Spanien (88.530), Griechenland (40.560) und Italien (26.535). In absoluten Zahlen wurden 2020 die höchsten Zuwächse im Vergleich zu 2019 in Rumänien (+3.565 bzw. +137,6 %), Österreich (+1.900 bzw. +14,8 %) und Bulgarien (+1.375 bzw. +64,0 %) verzeichnet. Im Gegensatz dazu ergaben sich in Frankreich (-57.870 bzw. -38,3 %) und Deutschland (-43.660 bzw. -26,4 %) die größten absoluten Rückgänge bei den Antragszahlen.

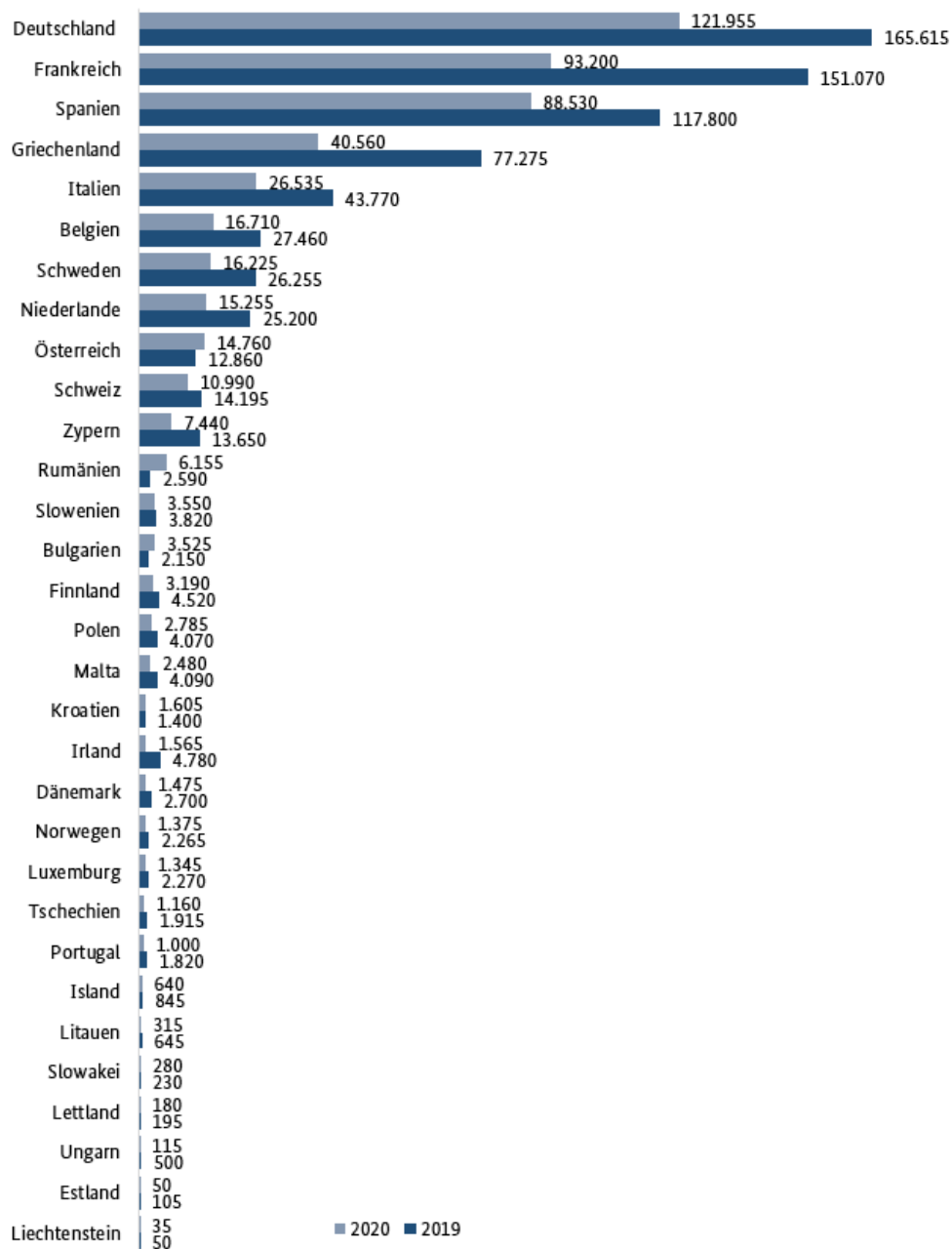
Seit 2013 ist Syrien das Hauptherkunftsland von Asylsuchenden in Europa. Im Jahr 2020 wurden 14,6 % aller Asylanträge in der EU von syrischen Staatsangehörigen gestellt. Von deren 68.840 Erst- und Folgeanträgen wurden 58,9 % in Deutschland entgegengenommen. Die zweitgrößte Gruppe der Asylantragstellenden bildeten afghanische Staatsangehörige mit 10,2 % der gesamten Asylanträge in den EU-Mitgliedstaaten (48.230 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2020). Von den afghanischen Staatsangehörigen stellten 23,4 % ihre Asylanträge in Deutschland (11.305 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2020). Mit 30.805 Asylanträgen (6,5 %) war die venezolanische Staatsangehörigkeit die dritthäufigste unter den Asylantragstellenden, die in der EU Schutz suchten. Davon stellten nur 1,9 % einen Asylantrag in Deutschland (570 Erst- und Folgeanträge im Jahr 2020). Die große Mehrheit der venezolanischen Staatsangehörigen beantragte Asyl in Spanien (92,1 %).

---

<sup>231</sup> Datenquelle der Asylantragszahlen in den EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen sind die Zahlen von Eurostat, Grundlage bildet Art. 4 der EU-Statistik-Verordnung Nr. 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz. Die sich bei einem Vergleich der Asylstatistiken von Eurostat und der nationalen Geschäftsstatistik ergebenden Diskrepanzen sind u. a. bedingt durch Unterschiede bei den jeweiligen Statistiksystemen, mögliche Mehrfacherfassungen seitens Eurostat und Rundungen aus Datenschutzgründen.

<sup>232</sup> Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Asylanträgen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 23. September 2021 abgerufen. Der EU-Vergleich zwischen den Jahren 2019 und 2020 bezieht sich auf die EU-27-Ebene (ohne Vereinigtes Königreich).

Abbildung 5-4: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen, 2019 und 2020

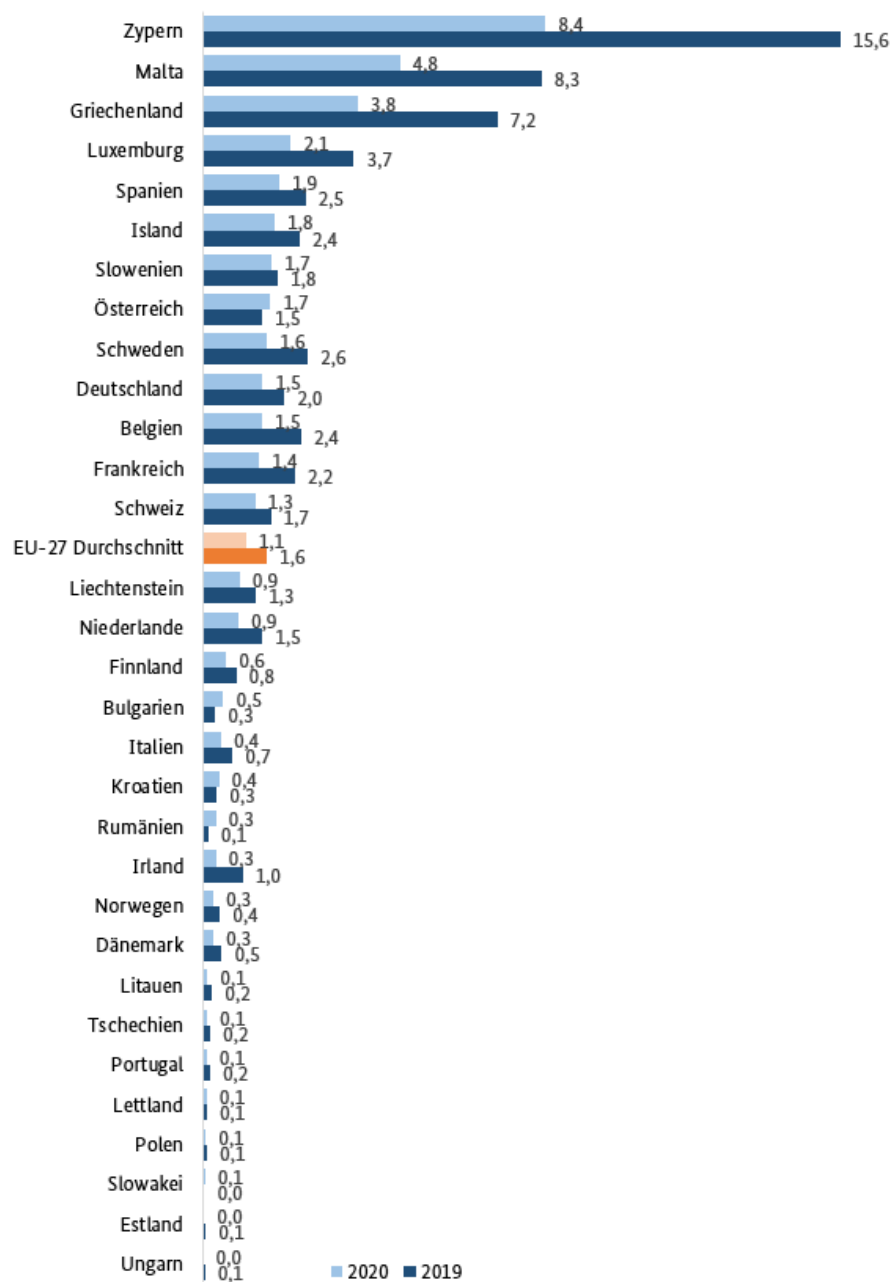


Quelle: Eurostat (migr\_asyappctza, Abfragestand: 23. September 2021)

Bezogen auf die Bevölkerung verzeichnete Zypern im Jahr 2020 8,4 Asylantragstellende je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Malta 4,8 Anträge und Griechenland 3,8 Anträge (vgl. Abbildung 5-5 und Karte 5-1). Deutschland als in absoluten Zahlen zugangsstärkstes Asylantragsland lag mit 1,5 Anträgen ebenfalls über dem Durchschnitt der EU-27 (1,1 Asylanträge je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner).

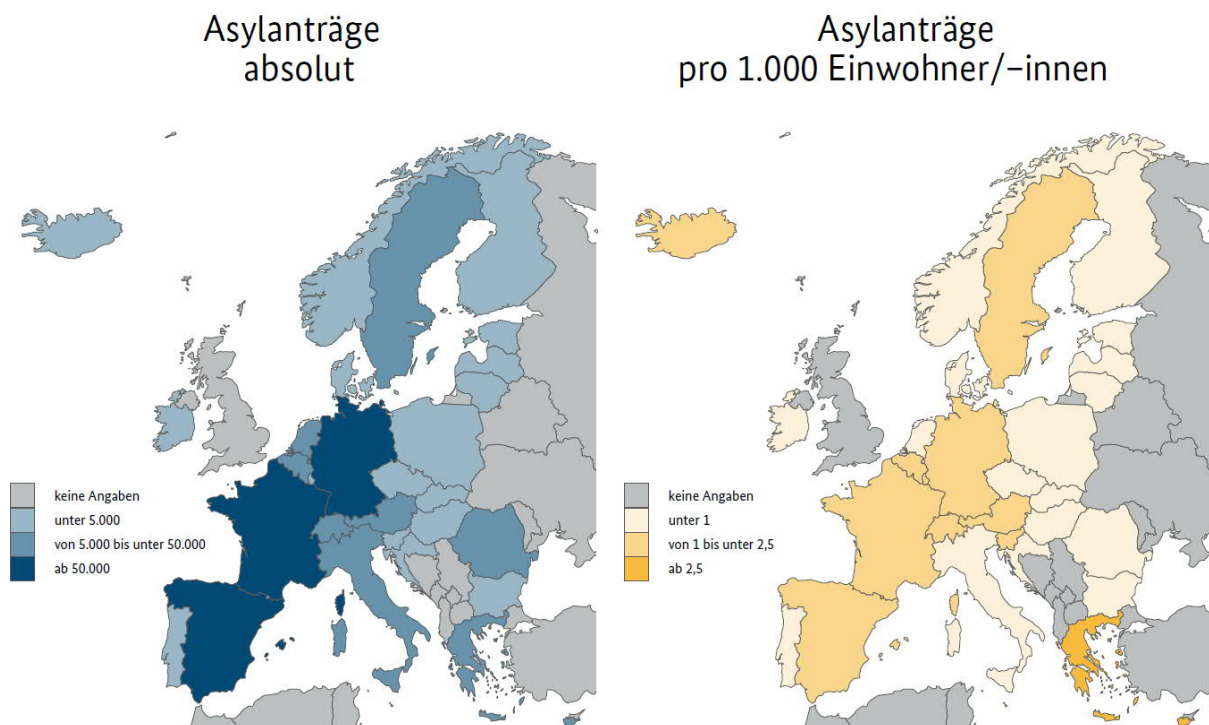


Abbildung 5-5: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 2019 und 2020



Quelle: Eurostat (migr\_asyappctza/demo\_pjan, Abfragestand: 23. September 2021)

Karte 5-1: Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in europäischen Staaten im Jahr 2020



Quelle: Eurostat, (migr\_asyappctza/demo\_pjan, Abfragestand: 23. September 2021)

Betrachtet man die Entwicklung der Fluchtmigration weltweit, so zeigt sich, dass die Zahl der Asylanträge von 2019 auf 2020 insgesamt um 45 % von 2,0 Millionen auf 1,1 Millionen Erst- und Folgeanträge gesunken ist. Nach Angaben des UNHCR waren im Jahr 2020 die Vereinigten Staaten das Hauptzielland von Asylantragstellenden (250.800 Anträge), vor Deutschland mit rund 102.600 Anträgen.<sup>233</sup> Weitere Hauptzielländer außerhalb der EU waren Peru (52.600), Mexiko (41.200), die Türkei (31.300) und Uganda (23.800). Venezuela bildete mit 147.100 Asylanträgen im Jahr 2020 das bedeutendste Herkunftsland von Antragstellenden weltweit, gefolgt von Afghanistan (76.200 Anträge), Syrien (73.000), Honduras (52.800) und Guatemala (40.100).<sup>234</sup>

## Asylentscheidungen

Im Jahr 2020 wurden in der EU-27 521.000 Asylverfahren von Nicht-EU-Staatsangehörigen in erster Instanz entschieden, das waren 3,7 % weniger als im Jahr 2019 (540.830 Entscheidungen).<sup>235</sup> Insgesamt wurde 106.130 Menschen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt (20,4 % aller Entscheidungen). 50.270 Personen erhielten subsidiären Schutz (9,6 %) und 55.415 Personen humanitären

<sup>233</sup> Vgl. UNHCR 2021: 3f. Die Eurostat-Daten greifen auf Erst- und Folgeanträge zurück, während die UNHCR Daten auf Asylersanträge basieren, vgl. auch Kapitel 3.4.

<sup>234</sup> Vgl. UNHCR 2021: 39ff.

<sup>235</sup> Aufgrund von Nacherfassungen in den Mitgliedstaaten korrigiert Eurostat die veröffentlichten Zahlen zu Entscheidungen fortlaufend. Daher stimmen die Daten nicht notwendigerweise mit denen aus früheren Migrationsberichten überein. Die Daten im vorliegenden Bericht wurden am 23. September 2021 abgerufen. Der EU-Vergleich zwischen den Jahren 2019 und 2020 bezieht sich auf die EU-27-Ebene (ohne Vereinigtes Königreich).

Schutz (10,6 %) (vgl. Tabelle 5-1). Die meisten Entscheidungen entfielen dabei auf Deutschland (128.590)<sup>236</sup>, Spanien (124.795), Frankreich (86.330), Griechenland (62.155) und Italien (40.795).

Hinsichtlich der Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (mit Gesamtentscheidungszahlen ab 5.000 Entscheidungen pro Jahr) standen im Jahr 2020 unter den EU-Staaten mit hohen Anerkennungszahlen Österreich (47,6 %) und Griechenland (42,4 %) prozentual an der Spitze. Deutschland lag im Mittelfeld (29,4 %). Niedrige Anerkennungszahlen gab es unter anderem in Spanien (3,5 %).

Bei der Gewährung europarechtlichen subsidiären Schutzes gemäß Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie zeigt sich, dass von den Hauptzielländern von Asylsuchenden im Jahr 2020 die Niederlande (20,8 %) überproportional hohe Anerkennungsquoten aufwiesen, während unter anderem Spanien (1,1 %) und Belgien (6,0 %) unter dem EU-Durchschnitt von 9,6 % lagen, Deutschland lag mit 14,7 % darüber.

Die Gewährung von sonstigem humanitärem Schutz nach nationalem Recht erfolgte EU-weit dagegen relativ selten. Eine Ausnahme bildete Spanien, das mit dem höchsten Anteil an Gewährungen von 36,3 % weit über dem EU-Durchschnitt von 10,6 % lag, Deutschland hingegen mit 4,4 % deutlich darunter. Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei den verschiedenen Schutzformen sind auf die nationalen Gesetze bzw. die jeweilige Entscheidungspraxis des betreffenden Landes, vor allem aber auf die jeweilige herkunftsländerspezifische Zusammensetzung der Asylantragstellenden zurückzuführen.

---

<sup>236</sup> Die Daten von Eurostat sind nicht mit der nationalen deutschen Asylstatistik identisch. So werden etwa Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt (vgl. dazu BAMF 2021a: 29).

Tabelle 5-1: Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge in den EU-27-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen im Jahr 2020

Staaten	Entscheidungen insgesamt	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach GFK	Quote in %	Gewährung von subsidiärem Schutz	Quote in %	Gewährung von humanitärem Schutz	Quote in %
Belgien	16.360	4.735	28,9%	975	6,0%	-	0,0%
Bulgarien	2.195	105	4,8%	715	32,6%	-	-
Dänemark	1.185	205	17,3%	70	5,9%	145	12,2%
Deutschland	128.590	37.820	29,4%	18.950	14,7%	5.700	4,4%
Estland	70	20	28,6%	5	7,1%	0	0,0%
Finnland	3.045	850	27,9%	135	4,4%	165	5,4%
Frankreich	86.330	11.955	13,8%	7.180	8,3%	-	-
Griechenland	62.155	26.370	42,4%	7.955	12,8%	0	0,0%
Irland	1.275	620	48,6%	120	9,4%	200	15,7%
Italien	40.795	4.580	11,2%	4.970	12,2%	2.035	5,0%
Kroatien	295	35	11,9%	5	1,7%	0	0,0%
Lettland	120	5	4,2%	15	12,5%	-	-
Litauen	350	80	22,9%	0	0,0%	0	0,0%
Luxemburg	1.165	720	61,8%	30	2,6%	-	-
Malta	875	75	8,6%	190	21,7%	5	0,6%
Niederlande	13.580	4.975	36,6%	2.820	20,8%	820	6,0%
Österreich	10.495	5.000	47,6%	1.050	10,0%	780	7,4%
Polen	2.000	135	6,8%	220	11,0%	15	0,8%
Portugal	420	75	17,9%	15	3,6%	-	-
Rumänien	2.505	210	8,4%	425	17,0%	0	0,0%
Schweden	17.215	2.830	16,4%	1.365	7,9%	230	1,3%
Slowakei	80	5	6,3%	20	25,0%	10	12,5%
Slowenien	300	85	28,3%	0	0,0%	-	-
Spanien	124.795	4.360	3,5%	1.390	1,1%	45.300	36,3%
Tschechien	960	40	4,2%	65	6,8%	5	0,5%
Ungarn	475	85	17,9%	45	9,5%	5	1,1%
Zypern	3.375	150	4,4%	1.530	45,3%	0	0,0%
EU-27 insgesamt	521.000	106.130	20,4%	50.270	9,6%	55.415	10,6%
Island	585	80	13,7%	285	48,7%	20	3,4%
Liechtenstein	25	0	0,0%	10	40,0%	0	0,0%
Norwegen	1.565	1.010	64,5%	50	3,2%	80	5,1%
Schweiz	11.275	5.260	46,7%	985	8,7%	3.945	35,0%

Anmerkung: Der Eintrag „-“ bedeutet, dass die Daten nicht verfügbar sind. Abweichungen in den Gesamtzahlen sind durch die von Eurostat angewandte Fünferroundung bedingt.

Quelle: Eurostat (migr\_asydcfsta, Abfragestand 23. September 2021)